Zivilprozessverordnung

vom 5. Februar 1991¹

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung von Art. 306 des Zivilprozessgesetzes vom 20. Dezember 1990² und Art. 33 Abs. 1 Bst. d des Gerichtsgesetzes vom 2. April 1987³ als Verordnung:⁴

*Summarisches Verfahren*⁵

a) allgemein

*Art. 1.*⁶

¹ Die im Anhang 1 zu diesem Erlass bezeichneten Gesetzesvorschriften werden im summarischen Verfahren angewendet.⁷

a^{bis}) Gerichtsschreiber als Einzelrichter

*Art. 1bis.*⁸

¹ Die Tätigkeit des als Einzelrichter im summarischen Verfahren eingesetzten Gerichtsschreibers⁹ ist beschränkt auf dringende vorläufige Verfügungen sowie die im Anhang 2 zu diesem Erlass bezeichneten Gesetzesvorschriften.

b) Anerkennung ausländischer Entscheidungen

*Art. 2.*¹⁰

¹ Über die Vollstreckbarerklärung einer ausländischen Entscheidung¹¹ entscheidet im summarischen Verfahren:

- a) der Kreisgerichtspräsident;¹²
- b) in zweiter Instanz ein Einzelrichter des Kantonsgerichtes.¹³

² Der Kreisgerichtspräsident verfügt Massnahmen zur Sicherung.¹⁴

Änderung bisherigen Rechts

a) Luftfahrt

Art. 3.

Die Vollzugsverordnung zu den eidgenössischen Vorschriften über die Luftfahrt vom 22. März 1951¹⁵ wird wie folgt geändert:

Art. 7 wird aufgehoben.

b) Enteignung

Art. 4.

Die Verordnung über die Zuständigkeit zur Beurteilung von Schadenersatzansprüchen nach Art. 15 des eidgenössischen Enteignungsgesetzes vom 24. Dezember 1955¹⁶ wird wie folgt geändert:

Art. 2.

¹ Zur Behandlung von Nichtigkeitsbeschwerden gegen Entscheide des Bezirksgerichtspräsidenten ist ein Einzelrichter des Kantonsgerichtes zuständig.

c) Elektrizität

Art. 5.

Die Vollzugsverordnung zum eidgenössischen Elektrizitätsgesetz vom 6. September 1966¹⁷ wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 3.

¹ Die Vollstreckung richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege¹⁸.

d) Schlichtungsstellen

Art. 6.

Die Verordnung über die Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse vom 14. März 1988¹⁹ wird wie folgt geändert:

Art. 4 bis 7 werden aufgehoben.

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 7.

¹ Aufgehoben werden:

- a) Regierungsratsbeschluss über die Zuständigkeit des Arbeitsgerichtes vom 15. November 1988²⁰;
- b) Regierungsratsbeschluss über Zuständigkeit und Verfahren bei Klagen auf Einräumung des Gegendarstellungsrechts vom 29. Mai 1985²¹;
- c) Regierungsratsbeschluss über eherechtliche Verfahren vor dem Bezirksgerichtspräsidenten vom 8. September/15. Dezember 1987²²;
- d) Regierungsratsbeschluss über die Zuständigkeit im Miet- und Pachtrecht vom 29. Mai 1990²³.

Vollzugsbeginn

Art. 8.

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Juli 1991 angewendet.

Schlussbestimmungen des Nachtrags vom 19. November 1996²⁴

II.

Die Verordnung über die Sicherheitsleistung von Behördemitgliedern, Beamten und Angestellten vom 19. Mai 1981²⁵ wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 2 Ziff. 5.

¹ Art und Umfang der Sicherheitsleistung bestimmen:

5. für die ausseramtlichen Konkursverwaltungen, Sachwalter und Liquidatoren die richterliche Instanz, die zur Festsetzung des Honorars zuständig ist.

Anhang 1

Gesetzesvorschriften, die im summarischen Verfahren angewendet werden

I. Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs²⁶

1. Art. 68b (Anordnung der Gütertrennung)
2. Art. 77 (Zulassung eines nachträglichen Rechtsvorschlags)
- 3.²⁷ Art. 80 bis 84 und 279 (Rechtsöffnung)
4. Art. 85 (Aufhebung und Einstellung einer Betreibung)
5. Art. 83, 162, 170 und 183 (Aufnahme eines Güterverzeichnisses und Anordnung vorsorglicher Massnahmen)
6. Art. 166, 188, 190 bis 192 und 309 (Konkurseröffnung)
7. Art. 181 (Bewilligung des Rechtsvorschlags in der Wechselbetreibung)
8. Art. 193 und 196 (Anordnung und Einstellung der Liquidation einer Verlassenschaft)
- 9.²⁸ Art. 195 und 332 (Widerruf des Konkurses)
10. Art. 230 und 231 (Einstellung des Konkursverfahrens und Anordnung des summarischen Konkursverfahrens)
- 10bis.²⁹ Art. 265a (Bewilligung des Rechtsvorschlags bei Bestreitung neuen Vermögens)
11. Art. 268 (Schluss des Konkursverfahrens)
- 12.³⁰ Art. 272, 273 und 278 (Bewilligung eines Arrestes, Auferlegung oder Änderung einer Arrestkaution und Arresteinsprache)
- 12bis.³¹ v293 bis 350 (Nachlassverfahren, einvernehmliche private Schuldenbereinigung, Notstundung)

II. Schweizerisches Zivilgesetzbuch³²

a) Personenrecht

13. Art. 28c (vorsorgliche Massnahmen zum Schutz der Persönlichkeit)
14. Art. 281 (Einräumung des Gegendarstellungsrechts)
15. Art. 35 (Verschollenerklärung)
- 16.³³ Art. 42 (Eintragung, Berichtigung oder Löschung einer Eintragung im Zivilstandsregister)
- 17.³⁴

b) Familienrecht

- 18.³⁵

- 18bis.³⁶ Art. 94 Abs. 2 (Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zur Eheschliessung der entmündigten Person)
- 18ter.³⁷ Art. 132 (Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge)
- 19.³⁸
- 20.³⁹ Art. 137 Abs. 2 (vorsorgliche Massnahmen im Scheidungsverfahren)
21. Art. 166 Abs. 2 Ziff. 1 (Erweiterung der Vertretungsbefugnis eines Ehegatten)
22. Art. 169 Abs. 2 (Massnahmen betreffend die Wohnung der Familie)
23. Art. 170 Abs. 2 (Auskunftspflicht unter Ehegatten)
24. Art. 172 bis 180 (Massnahmen zum Schutz der ehelichen Gemeinschaft)
25. Art. 185, 187 Abs. 2, Art. 189 und 191 Abs. 1 sowie Art. 185 und 187 alt ZGB in Verbindung mit Art. 9e und 10 SchlT (Anordnung der Gütertrennung und Wiederherstellung des früheren Güterstandes)
26. Art. 195a (Aufnahme eines Inventars der Vermögenswerte der Ehegatten)
27. Art. 203 Abs. 2, Art. 218, 235 Abs. 2 und Art. 250 Abs. 2 sowie Art. 11 SchlT (Einräumung von Zahlungsfristen ausserhalb eines Prozesses betreffend die güterrechtliche Auseinandersetzung)
28. Art. 230 (Zustimmung zur Ausschlagung oder Annahme einer Erbschaft durch den Ehegatten)
29. Art. 205 alt ZGB in Verbindung mit Art. 9e und 10 SchlT (Sicherstellung des Frauenguts)
30. Art. 234 alt ZGB in Verbindung mit Art. 1 SchlT (Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft)
31. Art. 281 (vorsorgliche Massregeln bei der Unterhaltsklage)
32. Art. 291 und 292 (Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge für das Kind)
33. Art. 410 (Fristansetzung zur Genehmigung von Rechtsgeschäften eines Unmündigen oder Entmündigten)

c) Erbrecht

- 34.⁴⁰ Art. 507 (Entgegennahme der von Zeugen übermittelten letztwilligen mündlichen Verfügung und Weiterleitung an das Amtsnotariat zur Aufbewahrung)
35. Art. 546 (Sicherstellung bei Verschollenheit)
36. Art. 598 (vorsorgliche Massregeln bei der Erbschaftsklage)
37. Art. 604 (Verschiebung der Erbteilung und Sicherung der Ansprüche der Miterben gegenüber zahlungsunfähigen Erben)

d) Sachenrecht

38. Art. 647 (Massnahmen zur Erhaltung der Sache bei Miteigentum)
39. Art. 662, 731 und 783 (Eintragung dinglicher Rechte bei ausserordentlicher Ersitzung)
- 40.⁴¹ Art. 712c, 712n, 712q und 712r (Einsprache gegen die Verfügung über ein Stockwerk, Einberufung der Versammlung der Stockwerkeigentümer sowie Ernennung und Abberufung des Verwalters bei Stockwerkeigentum)
41. Art. 736, 742 und 781 Abs. 3 (Ablösung und Verlegung von Dienstbarkeiten)
42. Art. 712i, 779d, 779k und 837 bis 839 sowie Art. 523 OR ⁴² (vorläufige Eintragung gesetzlicher Grundpfandrechte)
43. Art. 760, 762 und 763 (Fristansetzung zur Sicherstellung bei Nutzniessung, Entzug des Besitzes und Anordnung des Inventars)
44. Art. 766 und 775 (Anordnung der Liquidation des Nutzniessungsvermögens und der Abtretung von Nutzniessungsforderungen)
45. Art. 808 Abs. 1 und 2 sowie Art. 809 bis 811 (Massnahmen zur Sicherung des Grundpfandgläubigers)
46. Art. 860 Abs. 3 (Anordnungen über die Stellvertretung bei Schuldbrief und Gült)
47. Art. 870 und 871 (Kraftloserklärung von Grundpfandtiteln)
48. Art. 960, 961 und 966 (Vormerkung von Verfügungsbeschränkungen und vorläufigen Eintragungen im Grundbuch)
49. Art. 976 sowie Art. 33c Abs. 4 und 5 der eidgenössischen Verordnung betreffend das Grundbuch⁴³ (Löschung untergegangener dinglicher Rechte und Aufhebung von Stockwerkeigentum)
50. Art. 977 (Berichtigung des Grundbuchs)

III. Obligationenrecht⁴⁴

a) Allgemeine Bestimmungen

- 51. Art. 92 und 93 (Hinterlegung und Verkauf der geschuldeten Sache bei Gläubigerverzug)
- 52. Art. 98 (Ermächtigung des Gläubigers zu Handlungen auf Kosten des Schuldners)
- 53. Art. 107 (Fristansetzung zur Vertragserfüllung)

b) Einzelne Vertragsverhältnisse

- 54. Art. 202 (Vorverfahren bei Gewährleistung im Viehhandel)
- 55. Art. 204 (Feststellung des Tatbestandes und Verkauf bei Beanstandung übersandter Kaufgegenstände)
- 56. Art. 226k und 228 (Gewährung von Zahlungserleichterungen und Rücknahme des Kaufgegenstandes beim Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag)
- 57. Art. 257d, 274g und 282 (Ausweisung eines Mieters oder Pächters)
- 58. Art. 274f Abs. 2 (vorsorgliche Massnahmen in Gerichtsverfahren bei der Miete von Wohn- und Geschäftsräumen)
- 59. Art. 322a und 322c (Bezeichnung des Sachverständigen zur Nachprüfung des Geschäftsergebnisses oder der Provisionsabrechnung)
- 60. Art. 366 (Fristansetzung bei vertragswidriger Ausführung eines Werkes)
- 61. Art. 367 (Anordnung der Prüfung des Werkes durch Sachverständige)
- 62. Art. 383 (Fristansetzung zur Herstellung der neuen Auflage eines literarischen oder künstlerischen Werkes)
- 63. Art. 427 und 435 (Verkauf und Versteigerung von Kommissionsgut)
- 64. Art. 444, 445 und 453 (Verkauf und Hinterlegung von Frachtgut)
- 65. Art. 480 (Herausgabe der beim Sequester hinterlegten Sache)
- 66. Art. 496 Abs. 2 und Art. 501 Abs. 2 (Beurteilung der Deckung des Bürgschaftsgläubigers durch Pfandrechte und Einstellung der Betreibung gegen den Bürgen bei Leistung von Realsicherheit)
- 67. Art. 506 (Recht des Bürgen auf Sicherstellung)

c) Handelsgesellschaften und Genossenschaft⁴⁵

- 68. Art. 565 Abs. 2, Art. 603, 767 und 814 Abs. 2 (vorläufiger Entzug der Vertreterbefugnis)
- 69. Art. 584, 619 Abs. 1, Art. 690 Abs. 1, Art. 764 Abs. 3, Art. 797 Abs. 1 und Art. 847 Abs. 4 (Bezeichnung eines gemeinsamen Vertreters)
- 70. Art. 600 Abs. 3 (Bestellung des Sachverständigen zur Prüfung der Gewinn- und Verlustrechnung der Kommanditgesellschaft)
- 71. Art. 625 Abs. 2, Art. 775 Abs. 2 und Art. 831 Abs. 2 (Fristansetzung und vorsorgliche Massnahmen bei mangelnden Mitgliedern oder Organen)
- 72. Art. 643 Abs. 3 (vorsorgliche Massnahmen bei Klage auf Auflösung der Aktiengesellschaft)
- 73. Art. 890 Abs. 2 (Abberufung von Mitgliedern der Verwaltung und der Kontrollstelle der Genossenschaft sowie anderer von der Generalversammlung gewählter Bevollmächtigter und Beauftragter, Durchführung einer Neuwahl und danach erforderliche Massnahmen)
- 74.⁴⁶ Art. 583 Abs. 2, Art. 585 Abs. 3, Art. 619, 740 Abs. 3 Satz 2, Art. 741, 770, 823 und 913 (Ernennung, Abberufung und Ersetzung von Liquidatoren, Verkauf zu einem Gesamtübernahmepreis, Art der Veräusserung von Grundstücken)
- 75.⁴⁷ Art. 697 Abs. 4, Art. 819 Abs. 2 und Art. 857 Abs. 3 (Anordnung der Auskunfterteilung an Aktionäre, Mitglieder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Genossenschafter sowie der Auskunfterteilung nach Art. 26 des eidgenössischen Anlagendfondsgesetzes⁴⁸)
- 75bis.⁴⁹ Art. 697a bis 697g (Sonderprüfung)
- 76. Art. 699 Abs. 4, Art. 809 Abs. 3 und Art. 881 Abs. 3 (Einberufung der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft und einer Genossenschaft sowie der Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
- 77.⁵⁰ Art. 706a Abs. 2, Art. 808 Abs. 6 und Art. 891 Abs. 1 (Bezeichnung eines Vertreters der Gesellschaft oder der Genossenschaft bei Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen durch die Verwaltung)
- 77bis.⁵¹ Art. 727f (Einsetzung der Revisionsstelle)
- 78. Art. 744, 770, 823 und 913 (Hinterlegung von Forderungsbeträgen bei der Liquidation)
- 79. Art. 745, 770, 823 und 913 (Verteilung des Gesellschaftsvermögens vor Ablauf eines Jahres seit dem dritten Schuldenruf)
- 79bis.⁵² Art. 956 (vorsorgliche Massnahmen im Firmenrecht)

d) Wertpapiere

- 80. Art. 971, 978, 981 bis 988, 1072 bis 1080, 1098 und 1143
(Kraftloserklärung von Wertpapieren)
- 81. Art. 1032 (Hinterlegung der Wechselsumme mangels Vorlegung des Wechsels zur Zahlung)
- 82. Art. 1072 (Verbot der Bezahlung eines abhanden gekommenen Wechsels und Hinterlegung der Wechselsumme)
- 83. Art. 1162 Abs. 3 und 4 sowie Art. 1165 Abs. 3 (Erlöschen der einem Vertreter von der Gläubigerversammlung erteilten Vollmacht im Fall der Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen und erforderliche Massnahmen sowie Einberufung einer Gläubigerversammlung auf Gesuch der Anleiensgläubiger)

IV. Nebenerlasse zum Obligationenrecht⁵³

- 84. Art. 32 der eidgenössischen Verordnung über das Handelsregister⁵⁴
(vorsorgliche Untersagung der Eintragung im Handelsregister)
- 85. Art. 13 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag⁵⁵
(Kraftloserklärung von Versicherungspolizen)
- 86.⁵⁶ Art. 65 des eidgenössischen Urheberrechtsgesetzes⁵⁷, Art. 59 des eidgenössischen Markenschutzgesetzes⁵⁸, Art. 38 des eidgenössischen Designgesetzes⁵⁹ und Art. 77 bis 80 des eidgenössischen Patentgesetzes⁶⁰
(vorsorgliche Massnahmen im Bereich des geistigen Eigentums)
- 87.⁶¹ Art. 14 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb⁶² und Art. 17 des eidgenössischen Kartellgesetzes⁶³ (vorsorgliche Massnahmen bei Streitigkeiten über unlauteren Wettbewerb, über unzulässige Wettbewerbsbehinderungen und über Kartellverpflichtungen)
- 88. Art. 14 und 36 der eidgenössischen Transportverordnung sowie Art. 48 des Anhangs A und Art. 52 des Anhangs B zum Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)⁶⁴ (Tatbestandsfeststellung im Eisenbahntransportrecht)
- 89. Art. 80 bis 83 des Bundesgesetzes über die Luftfahrt⁶⁵ (Aufhebung der Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen)
- 90.⁶⁶ Art. 26 und 28 des eidgenössischen Anlagefondsgesetzes⁶⁷ (Anordnung der Untersuchung durch die Revisionsstelle oder einen Sachverständigen und Ernennung eines Vertreters der Anleger)

V. Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht⁶⁸⁶⁹

- 91.⁷⁰ Art. 40 Abs. 2 (Massnahmen betreffend Veräusserung eines durch die Ehegatten gemeinsam bewirtschafteten landwirtschaftlichen Gewerbes)

VI. Partnerschaftsgesetz⁷²

- 92. Art. 3 Abs. 2 (Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zur Eintragung der Partnerschaft einer entmündigten Person)
- 93. Art. 13 Abs. 2 und 3 (Festsetzung der Geldleistungen an den Unterhalt und Anweisung an die Schuldner)
- 94. Art. 14 Abs. 2 (Massnahmen betreffend die gemeinsame Wohnung)
- 95. Art. 15 Abs. 2 Bst. a und Abs. 4 (Erweiterung und Entzug der Vertretungsbefugnis eines eingetragenen Partners)
- 96. Art. 16 Abs. 2 (Auskunftspflicht)
- 97. Art. 17 Abs. 2 und 4 (Regelung des Getrenntlebens)
- 98. Art. 20 (Aufnahme eines Inventars der Vermögenswerte)
- 99. Art. 22 (Beschränkung der Verfügungsbefugnis)
- 100. Art. 23 (Einräumung von Zahlungsfristen bei Schulden zwischen den Partnern)
- 101. Art. 25 Abs. 4 (Wiederherstellung des früheren Vermögensstandes)
- 102. Art. 34 Abs. 4 (Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge)
- 103. Art. 35 (vorsorgliche Massnahmen im Verfahren betreffend Auflösung der eingetragenen Partnerschaft)

Anhang 2⁷³

Gesetzesvorschriften, die von als Einzelrichter im summarischen Verfahren eingesetzten Gerichtsschreibern angewendet werden

I. Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs⁷⁴

- 1. Art. 68b (Anordnung der Gütertrennung)
- 2. Art. 77 (Zulassung des nachträglichen Rechtsvorschlages)

3. Art. 80 bis 84 und 279 (Rechtsöffnung)
4. Art. 85 (Aufhebung und Einstellung einer Betreuung)
5. Art. 83, 162, 170 und 183 (Aufnahme eines Güterverzeichnisses und Anordnung vorsorglicher Massnahmen)
6. Art. 166, 188, 190 bis 192 und 309 (Konkurseröffnung)
7. Art. 181 (Bewilligung des Rechtsvorschlags in der Wechselbetreibung)
8. Art. 193 und 196 (Anordnung und Einstellung der Liquidation einer Verlassenschaft)
9. Art. 195 und 332 (Widerruf des Konkurses)
10. Art. 230 und 231 (Einstellung des Konkursverfahrens und Anordnung des summarischen Konkursverfahrens)
11. Art. 265a (Bewilligung des Rechtsvorschlags bei Bestreitung neuen Vermögens)
12. Art. 268 (Schluss des Konkursverfahrens)
13. Art. 272, 273 und 278 (Bewilligung eines Arrestes, Auferlegung oder Änderung einer Arrestkaution und Arresteinsprache)
14. Art. 293 bis 350 (Nachlassverfahren, einvernehmliche private Schuldenbereinigung, Notstundung)

II. Schweizerisches Zivilgesetzbuch⁷⁵

- 15 Art. 132, 177, 291 und 292 (Anweisung an die Schuldner und Sicherstellung der Unterhaltsbeiträge)
16. Art. 712i, 779d, 779k und 837 bis 839 sowie Art. 523 OR ⁷⁶ (vorläufige Eintragung gesetzlicher Grundpfandrechte)
17. Art. 870 und 871 (Kraftloserklärung von Grundpfandtiteln)

III. Schweizerisches Obligationenrecht⁷⁷

18. Art. 971, 978, 981 bis 988, 1072 bis 1080, 1098 und 1143 (Kraftloserklärung von Wertpapieren)

1 nGS 26-40. In Vollzug ab 1. Juli 1991. Geändert durch Art. 7 der V zum EG zum BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 1. März 1994, nGS 29-38 (sGS 613.11); Nachtrag vom 19. November 1996, nGS 31-139; Art. 25 der V über das Scheidungsverfahren vom 5. Oktober 1999, nGS 34-122 (sGS 961.22); Art. 12 der V über die Amtsnotariate vom 13. Juni 2000, nGS 35-43 (sGS 911.21); II. Nachtrag vom 13. Mai 2003, nGS 38-61; Abschnitt II Ziff. 4 des X. Nachtrags zur EV zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 13. Februar 2009, nGS 42-54 (sGS 911.11).

2 sGS 961.2.

3 sGS 941.1.

4 Fassung des Ingresses gemäss II. Nachtrag.

5 Art. 201 ff. ZPG, sGS 961.2.

6 Fassung gemäss II. Nachtrag.

7 Art. 196 bis 200 ZPG, sGS 961.2.

8 Eingefügt durch II. Nachtrag.

9 Art. 33 Abs. 1 Bst. d GerG, sGS 941.1.

10 Fassung gemäss II. Nachtrag.

11 Art. 31 des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988, SR 0.275.11 (im Folgenden: Lugano-Übereinkommen); Art. 29 des BG über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987, SR 291.

12 Art. 32 und 33 des Lugano-Übereinkommens; vgl. Art. 7 Bst. b ZPG, sGS 961.2.

13 Art. 36, 37, 40 und 41 des Lugano-Übereinkommens; Art. 16 und 18 Abs. 1 Bst. b ZPG, sGS 961.2.

14 Art. 39 des Lugano-Übereinkommens.

15 sGS 715.1.

16 sGS 735.5.

17 sGS 871.5.

18 Art. 101 ff. VRP, sGS 951.1.

19 nGS 26-68 (sGS 941.112).

20 nGS 23-90 (sGS 961.151).

21 nGS 20-53 (sGS 961.161).

22 nGS 22-89 (sGS 961.162).

23 nGS 25-44 (sGS 961.163).

24 nGS 31-139.

25 sGS 161.11.

- 26 BG über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889, SR 281.1.
- 27 Fassung gemäss Nachtrag.
- 28 Fassung gemäss Nachtrag.
- 29 Eingefügt durch Nachtrag.
- 30 Fassung gemäss Nachtrag.
- 31 Eingefügt durch Nachtrag.
- 32 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, SR 210.
- 33 Geändert durch V über das Scheidungsverfahren.
- 34 Aufgehoben durch V über das Scheidungsverfahren.
- 35 Aufgehoben durch V über das Scheidungsverfahren.
- 36 Eingefügt durch V über das Scheidungsverfahren.
- 37 Eingefügt durch V über das Scheidungsverfahren.
- 38 Aufgehoben durch V über das Scheidungsverfahren.
- 39 Geändert durch V über das Scheidungsverfahren.
- 40 Geändert durch V über die Amtsnotariate.
- 41 Fassung gemäss Nachtrag.
- 42 BG betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911, SR 220.
- 43 EidV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, SR 211.432.1.
- 44 BG betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911, SR 220.
- 45 Für Fälle aus dem Recht der Handelsgesellschaften und der Genossenschaft ist der Handelsgerichtspräsident zuständig, siehe Art. 9 ZPG, sGS 961.2.
- 46 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 47 Fassung gemäss Nachtrag.
- 48 BG über die Anlagefonds (Anlagefondsgesetz) vom 18. März 1994, SR 951.31.
- 49 Eingefügt durch Nachtrag.
- 50 Fassung gemäss Nachtrag.
- 51 Eingefügt durch Nachtrag.
- 52 Eingefügt durch II. Nachtrag.
- 53 BG betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911, SR 220.
- 54 Eidg Handelsregisterverordnung vom 7. Juni 1937, SR 221.411.
- 55 BG über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908, SR 221.229.1.
- 56 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 57 SR 231.1.
- 58 SR 232.11.
- 59 SR 232.12.
- 60 SR 232.14.
- 61 Fassung gemäss II. Nachtrag.
- 62 SR 241.
- 63 SR 251.
- 64 Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr vom 9. Mai 1980, SR 0.742.403.1.
- 65 BG über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz) vom 21. Dezember 1948, SR 748.0.
- 66 Fassung gemäss Nachtrag.
- 67 BG über die Anlagefonds (Anlagefondsgesetz) vom 18. März 1994, SR 951.31.
- 68 BG über das bürgerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11.
- 69 Eingefügt durch V zum EG zum BG über das bürgerliche Bodenrecht.
- 70 Eingefügt durch V zum EG zum BG über das bürgerliche Bodenrecht.
- 71 Abschnitt eingefügt durch X. Nachtrag zur EV zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch.
- 72 SR 211.231.
- 73 Eingefügt durch II. Nachtrag.
- 74 SR 281.1.
- 75 SR 210.
- 76 SR 220.
- 77 SR 220.